

Ergeht an  
alle Ärztinnen und Ärzte Österreichs

Wien, 15. 11. 2011

**Betrifft: ELGA / gesundheitspolitische Situation**

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege!

Das Gesundheitsministerium/der Gesundheitsminister will ohne zeitliche Not und gegen vielfache Warnungen und Expertenkritik einen unausgegorenen Gesetzesentwurf zum elektronischen Gesundheitsakt (ELGA) übereilt durch Regierung und Parlament bringen.

Kritik kommt von EDV-Technikern, Verfassungs- und Medizinrechtlern, Datenschützern und Politikern. Auch die Österreichische Ärztekammer lehnt den vorliegenden Entwurf im Interesse der Ärztinnen und Ärzte sowie der Patientinnen und Patienten aus folgenden Gründen ab:

1. ELGA wird in jedem Fall ein überdimensioniertes, hochbürokratisches Projekt mit unabsehbaren organisatorischen, technischen, rechtlichen und finanziellen Folgen. Wenn überhaupt, kann daher die Teilnahme nicht wie geplant zwangsweise erfolgen, sondern nur freiwillig für Ärzte und Patienten möglich sein.
2. Der medizinische Nutzen ist auch nach internationalen Studien fragwürdig und müsste erst erhoben werden, z.B. durch die Evaluierung der eMedikation u.a. Pilotprojekte.

*(bitte wenden)*

3. Datenschutz, Datensicherheit und ärztliche Verschwiegenheit müssen technisch und legislativ gewährleistet sein.
4. Sämtliche Aufklärungs- und Haftungsfragen müssen vor Beschlussfassung im Konsens mit der Österreichischen Ärztekammer geklärt und im Gesetz geregelt werden.
5. Die vom Bundesministerium für Gesundheit mit 130 Mio € angegebenen Kosten sind sicher zu niedrig und nur bis 2017 gerechnet: ÖÄK-Berechnungen zufolge betragen die zu erwartenden Anbindungs-, Investitions- und Betriebskosten bis 2017 für alle niedergelassenen Ärzte rund 230 Mio €.

Andererseits fehlt Geld

- für Spitalsärztinnen und Spitalsärzte: zur Einhaltung der Arbeitszeithöchstgrenzen, für die Aufrechterhaltung der Mindeststandards von Spitälern, für Nachtdienste (wie z.B. AKH), für adäquate Spitalsärztegehälter, etc.
- für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte: zur Ausbildung in der Lehrpraxis, für neue Kassenverträge z.B. für Kinderpsychiatrie, für Gruppenpraxen, für neue medizinische Leistungen, etc.

Mit dieser Gesundheitspolitik können wir Ärztinnen und Ärzte nicht einverstanden sein! Wir werden diese Position weiterhin vertreten und – wenn es Ihnen möglich ist – auch mit Ihrer Hilfe den Patientinnen und Patienten gegenüber.

Mit kollegialen Grüßen



MR Dr. Walter Dorner

Präsident